

# Der neue Tag

## Oberpfälzischer Kurier

Nummer 124

Donnerstag, 31. Mai 1979

Einzelpreis: 60 Pfennig



IN OFFENSICHTLICH GUTER VERFASSUNG traf der sowjetische Parteichef Leonid Breschnjew am Mittwoch zu einem Besuch in Ungarn ein. Parteichef Janos Kadar begrüßte ihn auf dem Flughafen. Hauptthema des Treffens, das vierzehn Tage vor der Begegnung Breschnjews mit dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter in Wien stattfindet, ist die Entspannungspolitik.

Eigenes Funkbild: dpa/upi

## Strauß: Ich bleibe mir treu Bayernkurier schießt scharf

### Hefige Attacke gegen Christdemokraten – Fragestunde

München/Bonn. (dpa/lby) Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat am Mittwoch sein Wort bekräftigt, daß er „vorerst bis 1982“ bayerischer Ministerpräsident zu bleiben gedenkt. Gleichzeitig unterstrich er vor dem Landtag in München auf eine Frage des FDP-Fraktionschefs Hans-Jürgen Jaeger, er wolle das jedoch nicht als Verbot ausgelegt wissen, sich auch für das höchste Regierungsamt der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen. In einem Gespräch mit dpa ergänzte Strauß: „Ich nehme dieses Problem nicht von der leichten Seite, aber ich bleibe mir treu.“

Das Thema Kanzlerkandidatur veranlaßte das CSU-Organ „Bayernkurier“ auch zu scharfen Angriffen auf die Führung der Schwesterpartei und auf Ernst Albrecht. Das Blatt schrieb, der Begriff „Einheit der Union“ sei „oftmals zu einem verkrusteten Fetisch geworden“ und diene offensichtlich „als probates Disziplinierungsmittel gegen die CSU“.

In der Fragestunde des Landtags verwies Strauß außerdem den SPD-Vorsitzenden Helmut Rothemund darauf, daß dessen Partei ihn wiederholt zu einer Kanzlerkandidatur als „ehrchlichste Lösung“ aufgefördert habe. Wo immer er jedenfalls stehe, werde er die Belange Bayerns „mit Herz und Seele“ vertreten. Als Rothemund wissen wollte, ob die dem Landtag gegebene Zusicherung vom Dezem-

ber für vier Jahre Amtszeit dann nicht eine Irreführung bedeute, erwiderte Strauß, Rothemunds „intellektuelle Ausstattung“ reiche offensichtlich nicht aus, „um diesen Sachverhalt zu verstehen“. Innerparteiliche oder zwischenparteiliche Entwicklungen, die eine neue Lage schaffen, entziehen sich nach den Worten von Strauß jedoch der Behandlung durch den Landtag. Als „neue Vorstellung, über die ich gründlich nachdenken werde“, wertete er ironisch Fragen, ob er sich vorstellen könne, zweiter Mann unter einem Bundeskanzler Ernst Albrecht zu werden. Eventuell könne er dann auch noch als „dritter Mann“ oder sogar als „Zitherspieler“ wirken.

### Strauß mit Stoiber und Zimmermann einig

Strauß versicherte – in dem dpa-Gespräch – seinem Bonner Landesgruppenchef Friedrich Zimmermann und dem Generalsekretär Edmund Stoiber ein „durch nichts getrübes“ Vertrauen, das durch die jüngsten Vorgänge noch verstärkt worden sei. Alle anderen Berichte seien „gezielte Fehlinformationen“, die er als „böswillig und niederträchtig“ bezeichnen müsse. Strauß meinte damit Hauptangaben, er sei über Stoiber und Zimmermann verärgert, weil sie die Lage falsch beurteilt und ihn vorschnell zu seiner Bereitschaftserklärung als Kanzlerkandidat gedrängt hätten. Strauß sagte, niemand habe im Parteipräsidium solche Vorwürfe erhoben und die beiden einer ungeschickten Verhaltensweise bezichtigt.

Auch Stoiber wies vor Journalisten Berichte über Meinungsverschiedenheiten zwischen Strauß, Zimmermann und ihm zurück. „Völliger Unsinn“ sei, daß er seinen Hut nehmen solle. Als „Quatsch“ bezeichnete er angebliche Pläne der CSU für einen „geordneten Rückzug“ in der Kandidaturfrage. Strauß und Stoiber versicherten ferner, daß ihre Partei an dem mit der CDU vereinbarten „Kalender“ festhalten wolle. Zuerst müßten die Sach- und Strategieprobleme und erst dann personelle Überlegungen behandelt werden.

Der „Bayernkurier“ hielt der CDU-Führung vor, die vielbeschworene Einheit der Union verkümmere, wenn es darum gehe, durch einseitige Schritte die CSU festzulegen und zu überfahren. Daran müsse immer wieder erinnert werden, weil sonst dieses Instrument „zu einer unerträglichen Einbahnstraße“ gemacht werde.

### Erstaunt über Ernst Albrecht

Erstaunt und verwundert zeigte sich Generalsekretär Stoiber über die Äußerung von Ernst Albrecht, er werde bei einem Wahlsieg 1980 der erste niedersächsische Kanzler sein oder sonst Ministerpräsident in Hannover bleiben. Das sei eindeutig im Widerspruch zum Beschluß des CDU-Vorstandes, erklärte Stoiber. Strauß bemerkte zu dieser Äußerung seines Amtskollegen: „Jeder hat seinen eigenen politischen Stil.“

Die bayerischen Sozialdemokraten fühlten sich durch die Strauß-Worte in der Fragestunde des Landtags in ihrer Feststellung bestätigt, daß Strauß das Amt des Ministerpräsidenten „zu mißbrauchen gedenkt und mit gepackten Koffern in der Staatskanzlei auf den Ruf aus Bonn wartet“. Seine „verbalen Tuschenspielerien und Flegelien“ zeigten überdies, daß er die bayerischen Bürger für dumm verkaufen wolle.

Der baden-württembergische Ministerpräsident und amtierende CDU-Landesvorsitzende Lothar Späth sagte in Stuttgart, prinzipiell sei es nicht ausgeschlossen, daß der Kanzlerkandidat auch von der kleineren Unionspartei gestellt wird. Der Vorsitzende des CDU-Sozialausschusses, Norbert Blum, meinte auf die Frage, ob die Unionsparteien mit Strauß mehrheitsfähig seien: „Ich glaube nicht, daß wir die Wahlen mit einer Polarisierungsstrategie gewinnen können.“

(Seite 6: Die Bayern...)

## Milliardenhilfe

### Industrieländer unterstützen Türkei

Paris. (dpa) Die Hilfe der westlichen Industrieländer für die in einer Wirtschaftskrise steckende Türkei wird voraussichtlich größer als bisher erwartet.

Wie am Mittwoch vor dem Abschluß der Beratungen der meisten der 24 Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OPEC) inoffiziell in Paris verlautete, soll die Türkei langfristige Kredite zu zinsgünstigen Bedingungen in Höhe von 906 Millionen Dollar erhalten. Dazu kommen Warenkredite in Höhe von 400 Millionen Dollar. Außerdem sollen fällige Kreditrückzahlungen in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar umgeschuldet werden. Sie müssen damit erst später zurückgezahlt werden.

Wie weiter inoffiziell verlautet, stellt die Bundesrepublik Deutschland 200 Millionen Dollar, die USA 250, Japan und Frankreich jeweils 70, Italien wahrscheinlich 40 und Großbritannien 30 Millionen Dollar zur Verfügung. Die Beratungen des Internationalen Währungsfonds über die Türkei beginnen am Donnerstag in Paris.

## Schweizer Diplomat getötet

### Von Terroristen in San Salvador erschossen

San Salvador. (dpa) Der schweizerische Geschäftsträger in San Salvador ist am Mittwoch auf der Fahrt zur Arbeit von Unbekannten erschossen worden.

Das Fahrzeug des Diplomaten Hugo Wey wurde von den Guerillas nach Augenzeugenberichten abgedrängt. Zwei andere Terroristen gaben die tödlichen Schüsse auf den 49 Jahre alten Diplomaten ab. Anschließend flüchteten sie.

## Hubschrauber für Fregatten

### Zum Aufspüren von Unterseebooten gedacht

Bonn. (dpa) Der Verteidigungsausschuß hat dem Kauf von zwölf Hubschraubern für die sechs im Bau befindlichen Mehrzweckfregatten der Bundesmarine zugestimmt.

Sie kosten 244 Millionen Mark. Es handelt sich um die ersten an Bord stationierten Hubschrauber in der Geschichte der Bundesmarine. Auf den Fregatten werden jeweils zwei Hubschrauber stehen, die U-Boote aufspüren und bekämpfen sollen. Der Ausschuß entschied sich für das britische Lynx-Modell.

## Stichtag: 30. September

### Für Einkommens- und Lohnsteuererklärung

Wien. (ex) Abgabetermin für die Einkommensteuererklärung und den Lohnsteuer-Jahresausgleich 1978 ist nicht, wie von dpa am Dienstag falsch gemeldet, der 31. Mai, sondern der 30. September. Bis zu diesem Termin können die Anträge bei den zuständigen Finanzämtern vorgelegt werden.

## Waffenmodernisierung unumgänglich

### Frühjahrskonferenz der Nato-Außenminister – Vance sagte enge Konsultationen zu

Den Haag. (dpa) Die Modernisierung der nuklearen Gefechtsfähigkeiten ist nach Auffassung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher politisch und militärisch unumgänglich. Vor der Nato-Frühjahrskonferenz in der Nähe von Den Haag unterstrich Genscher am Mittwoch, daß sich die militärische Drohung der Sowjets durch die Raketen des Typs SS 20 und den Backfire-Bomber „qualitativ verschärft“ habe.

Gespräche über Rüstungskontrolle mit Moskau hätten nur dann eine Chance, solange die Handlungsfähigkeit des westlichen Bündnisses klar zutage trete. Genscher spielte damit auf innenpolitische Widerstände gegen eine Modernisierung der eigenen Atomwaffen an, die in mehreren europäischen Nato-Staaten den Regierungen die Entscheidung erschweren.

Genscher betonte, die Allianz könne nur dann ihre friedenssichernde Rolle erfolgreich spielen, wenn sie ihre Interessen auch ge-

meinsam definiere. Einzelne Nato-Mitglieder glaubten, sie müßten vorwiegend eigenen Interessen nachgehen; dies könnte eine „Desintegrierung“ des Bündnisses zur Folge haben.

Der amerikanische Außenminister Cyrus Vance, mit dem Genscher am Rande der Konferenz zu einem einstündigen vertraulichen Gespräch zusammentraf, hat im Nato-Rat „engste Konsultationen“ mit den Europäern über die bevorstehende dritte Runde der strategischen Rüstungskontrollgespräche mit Moskau zugesagt. In Salt III soll der Sowjetunion auch ein Angebot für eine Kontrolle der atomaren Rüstung in Europa unterbreitet werden.

Holland machte die Partner darauf aufmerksam, daß die Nato-Länder nur geschlossen auf die verstärkte atomare Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion antworten können.

(Seite 2: Nato tagt...)

## Muzorewa selbst Verteidigungsminister

### Kabinett vorgestellt – Zehn Posten für Partei des Bischof – Smith ohne Portefeuille

Salisbury. (dpa) Einen Tag nach seinem Amtsantritt hat der erste schwarze Ministerpräsident Rhodesiens, Bischof Abel Muzorewa, am Mittwoch sein Kabinett vorgestellt. Das Ministerium für Verteidigung und Kriegsführung hat er selbst mitübernommen. Ian Smith, der am Freitag aus dem Amt scheidende weiße Regierungschef, ist Minister ohne Portefeuille.

Die „Regierung der nationalen Einheit“ besteht zunächst aus 17 Ministern, die drei Parteien angehören. Zehn Posten besetzt die Partei von Wahlsieger Muzorewa, der „Vereinigte Afrikanische Nationalrat“. Fünf werden von der aus Weißen bestehenden „Rhodesischen Front“ von Ian Smith gestellt, zwei wurden an die „Vereinigte Nationale Bundespartei“ von Hauptling Kayisa Ndiweni vergeben. Ndiweni beteiligt sich damit entgegen früheren Ankündigungen doch an der Regierung.

## Flugzeug

Budapest. (jp) Politischer Witz aus Budapest: Ein Parteifunktionär malt die Zukunft in rosigen Farben. „Noch drei Fünfjahrespläne, dann hat jeder sein eigenes Flugzeug“, verspricht er. – „Wozu ein eigenes Flugzeug?“ will ein Zuhörer wissen. – „Nun, nehmen wir an, Sie erfahren hier in Budapest, daß es in Nyirgyhaza plötzlich Gummistiefel gibt. Dann setzen Sie sich ins Flugzeug und sind noch vor den Leuten aus Szeged da“, belehrt ihn der Funktionär.

Hauptling Ndiweni führt das Bergbauministerium, sein Parteikollege Bafana das Ministerium für Wasserkraft. Alle anderen Ressorts werden von Muzorewa-Anhängern geführt. Dabei fällt auf, daß die zwischenparteilichen Konflikte um die Stammeszugehörigkeit noch andauern.

Die Regierung nimmt am Freitag ihre Arbeit auf. An dem Tag tritt auch die neue Verfassung des Landes in Kraft.

Südafrika ist bereit, die neue rhodesische Regierung von Bischof Muzorewa de facto anzuerkennen „und möglicherweise die De-jure-Anerkennung folgen zu lassen“.

(Seite 2: Ein Rebell tritt ab)